

«Ich bin kooperationsbereit»

Der Burgdorfer Stadtpräsident Franz Haldimann nimmt erstmals Stellung zur Pensionskassen-Affäre

Seit Monaten sorgt der vom Gemeinderat gesprochene Beitrag von 100 000 Franken an die Pensionskasse des Burgdorfer Stadtpräsidenten Franz Haldimann (svp) für rote Köpfe. Gestern erklärte Haldimann seine Position.

INTERVIEW: ANDREAS LÜTHI

«BUND»: Herr Haldimann, der Regierungsrat hat aufgrund einer Beschwerde von Stadträten den Kreditbeschluss für Ihre Pensionskasse aufgehoben. Nun wollen Sie mit dem Gemeinderat «eine für mich erträgliche und politisch vertretbare» Lösung finden, wie Sie in Ihrer gestrigen Medienmitteilung schreiben. Was heisst das?

FRANZ HALDIMANN: Der Gemeinderat sucht derzeit mit den Parteien eine politische Lösung. Ich habe ihm meine volle Kooperationsbereitschaft zugesagt. Im Interesse meiner Familie, meiner Gesundheit und nicht zuletzt des Ansehens von Stadtpräsident und Gemeinderat brauchen wir die Lösung rasch.

Signalisieren Sie damit, dass Sie allenfalls bereit wären, die 100 000 Franken oder einen Teil davon zurückzuzahlen?

Zu dieser Frage kann ich erst Stellung nehmen, wenn die Vorschläge des Gemeinderates vorliegen. Ich möchte hier nochmals festhalten, dass nicht nur die Stadt einen Beitrag leistete. Meine Eigenleistungen an den Pensionskasseneinkauf betragen 230 000 Franken.

Was ist, wenn der Stadtrat keinen neuen Kredit beschliessen will?

Der Regierungsrat hat nie gesagt, der Beschluss des Gemeinderates für den Pensionskassenbeitrag sei per se nicht rechtens



Franz Haldimann. MOS

oder nicht angemessen gewesen. Er hat ihn aufgehoben, weil der entsprechende Nachkredit gemäss seiner Interpretation der Reglemente in der Kompetenz des Stadtrates und nicht in derjenigen des Gemeinderates liegt. Ich bin ziemlich erstaunt, dass man nun vor allem von einer Rückzahlung spricht.

Wo sind heute die 100 000 Franken? Die habe ich nach dem Gemeinderatsbeschluss letzten Juni sofort der «Personalvorsorgestiftung Region Burgdorf» einbezahlt. Ich war vertraglich dazu verpflichtet.

Wenn es hart auf hart ginge, könnten Sie das Geld wieder aus der Pensionskasse herauslösen?

Die Pensionskasse gab mir die Auskunft, dies sei nicht möglich. Der Gemeinderat lässt die Frage jedoch rechtlich abklären.

Sie waren von 1977 bis 1998 Hausarzt, danach Stadtpräsident. Können Sie den öffentlichen Unmut gegen die Pensionskassenzahlung an einen Grossverdiener verstehen?

Ja, das kann ich. Dies umso mehr, als Kommunikationsfehler gemacht wurden. Viele Leute bekamen die falschen Zahlen und Voraussetzungen übermittelt.

Sprechen sie damit auch die verspätete Information an? Sie reichten das Beitragsgesuch im Januar 2006 ein, der Gemeinderat fällte den Entscheid für die 100 000 Franken Ende Juni, die Öffentlichkeit wurde erst im November orientiert.

Der Gemeinderat beschloss, nach den Sommerferien im August zu informieren. Weil wir damals die Verzichtsplanung vorbereiteten, wurde die Information in der Präsidentschaftsredaktion vergessen.

Waren da nicht auch Hemmungen dabei, während der laufenden Verzichtsplanung eine solche Sonderausgabe zu präsentieren?

Nein, gar nicht. Das habe ich weder im Gemeinderat noch in der Verwaltung spüren können.

Wieso kamen Sie überhaupt in die Situation, beim Gemeinderat einen Zuspuf an Ihre Pensionskasse zu beantragen?

Ich habe ordnungsgemäss sechs Monate vor meinem 65. Geburtstag

«Zur Frage der Rückzahlung kann ich erst Stellung nehmen, wenn Vorschläge des Gemeinderates vorliegen.»

das Gesuch um AHV gestellt und dabei meine mangelhafte Vorsorge-situation in der zweiten Säule bemerkt. Nach verschiedenen Abklärungen stellte ich den Antrag an den Gemeinderat.

Sie übernahmen 1998 als 57-jähriger das Burgdorfer Stadtpräsidium. Weshalb regelten Sie die Altersvorsorge nicht gleich bei Amtsantritt?

Streit um Rentenbeitrag

Seit vergangenem Herbst streiten in Burgdorf Gemeinderat und Parteien über einen Gemeinderatsbeschluss für einen Beitrag an den Einkauf des Stadtpräsidenten Franz Haldimann (svp) in die Pensionskasse. Der entsprechende Kredit wurde durch die Mitglieder der städtischen Geschäftsprüfungskommission beim Regierungsrat angefochten. Dieser hat die Beschwerde teilweise gutgeheissen und den Beschluss aufgehoben. Der Gemeinderat will den Fall nicht an die nächste Instanz – den Regierungsrat – weiterziehen, sondern eine politische Lösung fin-

den. Stadträte fordern von Haldimann das Geld zurück.

Haldimanns Situation

Der Jahreslohn des Stadtpräsidenten beträgt 210 000 Franken, wie er gestern offen legte. Ohne den Stadtbeitrag von 100 000 Franken und die Eigenleistung von 230 000 Franken hätte Haldimann nebst AHV eine Altersrente von etwa 40 000 Franken pro Jahr. Nun beträgt sie voraussichtlich 47 600 Franken. Eine volle Rente beim heutigen Lohnniveau würde 129 000 Franken jährlich betragen. Eine dritte Säule hat der Stadtpräsident nicht mehr. (al)

Ich gebe zu, das war ein grosser Fehler. Ich hatte enorm viel zu tun mit der Praxisübergabe und musste mich ins neue Amt als Stadtpräsident einarbeiten. Zudem musste ich wegen des Verkaufs der Praxis einen hohen Steuerbetrag bezahlen. Die Einkaufssumme von 980 000 Franken für eine volle Rente stand mir damals und steht mir noch heute schlicht nicht zur Verfügung. Im Jahr 2004 standen die Wahlen gegen Barbara Schütz (sp) an. Man riet mir im Wahlkampf, das Pensionskassenthema nicht anzuschneiden.

Viele Leute denken, Hausärzte seien wohlhabende Leute.

Allgemeinpraktiker haben nicht ein gleiches Einkommen wie die Spezialisten. Aber es ist klar. Ich habe durch meine starke berufliche Belastung und meinen Einsatz für die Patienten die Altersvorsorge vernachlässigt. Aber ich muss auch sagen, dass ich nach meiner Wahl zum Stadtpräsidenten lediglich einmal von der Pensionskasse auf die Lücke hingewiesen wurde. Danach hat sich niemand mehr darum gekümmert. Bei anderen Unternehmen ist das anders.

Gab es direkte Reaktionen aus der Öffentlichkeit?

Am schlimmsten waren die anonymen Anrufe zu Hause und die E-Mails. Jemand wünschte mir und meiner Frau am Telefon, dass wir ein Leben lang nicht mehr richtig schlafen können, und hängte auf. Solches hat uns stark belastet. Aber auch die Leserbriefe in der Presse waren nicht von schöner Art. Auf den Strassen bin ich nie behelligt worden.

Welche Schlüsse ziehen Sie aus der Affäre?

Ich hoffe, es kommt möglichst rasch zu einer Lösung.

Oberburg strahlt vor Pioniergeist

Ein Novum in Europa: Das Oberburger Mehrfamilienhaus wird ganzjährig mit einer Sonnenheizungsanlage warm gehalten

Das Erdöl wird einmal knapp werden und irgendwann ganz versiegen. Pioniere wie Josef Jenni schauen sich deshalb nach alternativen Energien um: Er baute in Oberburg das erste 100 Prozent solar beheizte Mehrfamilienhaus.

ANITA BACHMANN

Was haben der Krieg im Irak, der Tschetschenienkrieg oder die innenpolitischen Probleme Nigerias mit Oberburg im Emmental zu tun? «Ich habe lange überlegt, was man gegen diese Konflikte tun kann», sagte Daniele Ganser, Friedensforscher an der Universität Basel. Dann präsentierte er ein Bild von einem neuen Mehrfamilienhaus in Oberburg – es ist das erste 100 Prozent solar beheizte Mehrfamilienhaus Europas. Würden die Konflikte richtigerweise als Ressourcen- oder Energiekriege bezeichnet, würde auch mehr über dieses Solar-Mehrfamilienhaus gesprochen, sagte Ganser. In der Werkhalle der Jenni Energietechnik AG in Oberburg wurde dieses gestern eingeweiht, und Barbara Egger, Energiedirektorin des Kantons Bern, überbrachte der Jenni Energietechnik AG als Bauherrin des Solar-Mehrfamilienhauses das Minergie-P-Zertifikat.

Peak Oil: Der Abstieg im Dunkeln

«In 50 Jahren oder früher wird die Erdölförderung zurückgehen – es wird nicht nur eine kurze Energiekrise wie 1973 sein, sondern eine für

immer», sagte Ganser. Er verglich den Gang der Menschheit auf den Peak Oil, das Ende des billigen Erdöls, hin mit einer schlecht geplanten Bergtour. Kein Bergsteiger würde so planen, dass er erst kurz vor dem Einnachten auf dem Gipfel stehen würde und dann im Dunkeln absteigen müsse. «Man wird den Tag segnen, an dem wir entschieden haben, ohne Erdöl zu heizen», sagte er.

«Oil of Emmental»

In der Werkhalle der Jenni Energietechnik AG scheint eine eigene Ölquelle zu sprudeln: «Oil of Emmental» steht in grossen Lettern auf einem Plakat geschrieben. Es ist eine firmeneigene Initiative in der Zusammenarbeit mit Pro Emmental zur allgemeinen Förderung von alternativen Energien. Josef Jenni, Geschäftsführer der Jenni Energietechnik AG ist ein alter Kämpfer auf diesem Gebiet. 1981 gab er für eine Ganzjahres-Sonnenenergieanlage für 200 000 Franken ein Inserat auf. «Die Jennis spinnen, hat es geheissen», erzählte er. Weil niemand seine Heizung kaufen wollte, bewies er an einem selbstgebauten Einfamilienhaus in Oberburg, dass eine Heizung allein mit Sonnenenergie betrieben werden kann. Seither wurden zahlreiche Nachfolgeprojekte nach dem Vorbild des Oberburger Sonnenhauses realisiert.

Mit dem Solar-Mehrfamilienhaus hat Jenni einen weiteren Meilenstein gesetzt: Via Sonnenkollektoren auf dem Dach werden im Sommer 205 Kubikmeter Wasser in einem grossen Tank, der in der Mit-



Nur die Sonnenkollektoren verraten das einmalige Haus. VALÉRIE CHÉTELAT

te des Hauses vom Erdgeschoss bis zum Dach thront, aufgeheizt. Diese gespeicherte Energie reicht um acht Wohnungen während des ganzen Jahres zu heizen und mit Warmwasser zu versorgen. Die Sonnenheizungsanlage kostet 40 000 Franken pro Wohnung. «Die Wohnungen werden zu marktüblichen Preisen vergeben», sagte Geschäftsleitungsmitglied Karin Jenni.

Komfortabel Energie sparen

Neben gut gedämmten Wänden und dichten Fenstern, die zu einem geringen Wärmeverlust beitragen, hat das Mehrfamilienhaus weitere Tricks zum Energiesparen auf Lager. Das Wasser in der Duschbrause wird beispielsweise mit Luft verwirbelt, so dass trotz halber Wassermenge ein fülliger Strahl entsteht. «Man kann Energie sparen, ohne Komfort aufzugeben», sagte Egger.

Sie würdigte die Arbeit Jennis als Pionierleistung, die weit über das Land hinausstrahlen werde. «Ich hoffe, dass der Kanton Bern im Schatten der Jennis ein bisschen mitstrahlen kann», sagte sie. Der einstufige Wissens- und Technologievorsprung in der Gewinnung alternativer Energien habe die Schweiz verloren, jetzt gehöre sie nur noch zum europäischen Durchschnitt. Deshalb sollten die Unternehmen wieder aufholen, um die Wertschöpfung im Energiesektor ins eigene Land zurückzuholen. «Das schafft viele regionale Arbeitsplätze», sagte Egger. Potenzial scheint genug vorhanden zu sein: Allein das Emmental gibt jährlich 70 Millionen Franken für Erdöl aus.

PARZIVAL

«Göttlichkeit» vor Gericht

In Biel ist Parzival fast so bekannt wie der Stadtpräsident. Viele halten den stets grün gewandeten Mann mit dem Velotaxi für ein liebenswertes Original, einige vielleicht für einen harmlosen Spinner. Seit Jahrzehnten kämpft der 65-Jährige für den Weltfrieden, die Verbreitung von Esperanto als Weltsprache und für eine auto- und neuerdings auch handyfreie Welt. Bibel, Koran und die heilige Schrift der Hindus hat er auf Esperanto übersetzt und in einem Buch zusammengefasst, das er Friedensvertrag nennt und unter die Leute bringen will. Doch manchmal, wenn die Leute nicht auf ihn hören oder ihn nicht ernst nehmen, dann geht die missionarische Leidenschaft mit dem Pazifisten durch.

Weil er sich vom Schweizer Fernsehen «zensuriert» fühlte, schickte er im August 2003 einen Brief nach Leutschenbach. «Mögen doch alle Vertreter der internationalen Völkergemeinschaft im Irak Esperanto lernen, weil Zürich am 13. September eine auto- und flugzeugfreie Stadt ist! Evakuiert Zürich!», hiess es darin. Beigelegt war ein weisses Pulver, das im Fernsehstudio für helle Aufregung sorgte. Das sei Mehl zum Backen des Friedensbrottes gewesen, sagte Parzival gestern gegenüber dem «Bund». In Zürich löste das Pulver jedoch Grossalarm aus. Die Chemiewehr mit Schutanzügen und Atemmasken und der Notfallarzt des bakteriologischen Instituts rückten an, die Räumlichkeiten wurden evakuiert.

Im November 2005 wurde Parzival sogar gewalttätig. Mit gezielten Fuss- und Handschlägen schlug er in Biel nichtsahnenden Passanten das Natel aus der Hand. Er habe dies getan, weil er Gott sei und Handys nicht erlaubt habe, argumentierte er später. Mit diesen Aktionen ging der Sonderling zu weit. Die Polizei erstattete Anzeige, der Untersuchungsrichter ging der Sache nach, und im März wurde Parzival dem Strafeinzelrichter in Biel vorgeführt. Dieser verurteilte ihn zu einer bedingten Geldstrafe und einer Busse. Der Angeschuldigte habe beim Versand des weissen Pulvers bewusst die damals herrschende Angst in der Bevölkerung ausgenutzt, heisst es in der Urteilsbegründung. «Das Verschulden kann nicht mehr als harmlos bezeichnet werden.»

Parzival, das «astrophysische Recht» auf seiner Seite wissend, liess das jedoch nicht auf sich sitzen und appellierte ans Obergericht. Er kenne das «astrophysische Recht» nicht, sagte Obergerichter Fabio Righetti gestern, daher müsse er «im Bewusstsein, dass es noch höhere Instanzen gibt», vom Strafeinsatzbuch ausgehen. Doch «meine Göttlichkeit» hatte Mühe, sich der weltlichen Gerichtsbarkeit zu beugen. Er sei hier, um die Welt und die Menschen zu beschützen, und dürfe nicht verurteilt werden. Das Obergericht bestätigte das Urteil der ersten Instanz dennoch – reduzierte die Geldstrafe jedoch von 45 auf 30 Tagessätze à 60 Franken.

Einen «Durchschnittsmenschen» hätte man härter angefasst, sagte Righetti zum Angeschuldigten. Daraus dürfe er aber keine Vogelfreiheit ableiten. Er sei zwar «à glunge» Typ», müsse aber einen gewissen Rahmen respektieren. «Sie müssen mit uns leben und wir mit ihnen», so der Obergerichter. Er solle sich ein Beispiel am Friedensapostel Max Daetwyler nehmen und in Zukunft den Leuten seine Ideen nicht mehr mit Gewalt aufdrängen.

Reto Wissmann